



Presseinformation

Nr. 420/2011

Kiel, Mittwoch, 24. August 2011

Bildung / Föderalismus

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Günther Hildebrand, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Cornelia Conrad: Bildungsföderalismus erhalten, Kooperationsverbot abschaffen

In ihrer Rede zu **Top 19** (Bildungsföderalismus neu gestalten) sagt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Cornelia Conrad**:

„Wenn wir über Bildungsföderalismus diskutieren, stoßen wir schnell an die Grundmauern unserer föderalen Verfassung. Das Grundgesetz legt die Kultushoheit in die Hände der Länder! Dabei soll es unserer Meinung nach auch bleiben. Eine Übertragung von Bildungskompetenzen an den Bund, wie die Grünen sie in ihrem Antrag vorschlagen, lehnen wir ab. Wir brauchen Freiheit für die Schulen vor Ort und nicht mehr Vorgaben von oben.“ Für Liberale sei Bildung ein Bürgerrecht und die Zukunftsressource des Landes. In der Bildungspolitik werde daher zweierlei benötigt, Handlungsfreiheit vor Ort und echtes und gelebtes Miteinander aller staatlichen Ebenen in der Bildungspolitik, so Conrad.

„Wir müssen Subsidiaritätsgedanken beherzigen und den Einrichtungen, die ihre Situation vor Ort kennen, Freiheiten geben. Entscheidungen über die Ausgestaltung von Schule werden den Anforderungen nur gerecht, wenn sie auch den lokalen und regionalen Gegebenheiten weitestgehend entsprechen.“ Dafür brauche es eigenverantwortliche Schulen, die verantwortungsbewusste Entscheidungen treffen. Mit dem neuen Schulgesetz habe die Regierung entsprechende Weichen gestellt und die Eigenverantwortlichkeit der Schulen gestärkt, betont Conrad.

„Für die besten Startchancen in der Bildung zu sorgen, müssen wir als gesamtstaatliche Verantwortung begreifen! Ein erster richtiger Schritt war es, dass wir als Schleswig-Holsteinischer Landtag die Landesregierung beauftragt haben, eine Bundesratsinitiative zur Aufhebung des Kooperationsverbots zu starten.“ Die FDP habe es bereits bei seiner Einführung im Deutschen Bundestag abgelehnt. Vorstellbar seien aus liberaler Sicht die Unterstützung von Brennpunktschulen durch den Bund und die Förderung von lernschwachen und verhaltensauffälligen Schülern sowie weiterhin die Finanzierung von Ganztagsangeboten, so Conrad abschließend.

www.fdp-sh.de